

Peter Nötzoldt

»Es muß ein Organ geschaffen werden, das stark genug ist, um Anspruch zu erheben, im einheitlichen Deutschland eine Rolle auf dem Gebiet der Wissenschaft zu spielen.«¹

(Die Einflußnahme der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland auf die Entwicklung der Akademie im Nachkriegsdeutschland)

Die ehemalige Preußische Akademie der Wissenschaften (PAW) war bereits nach dem ersten Nachkriegsjahrfünft grundlegend verändert: Wirkten im Sommer 1945 neben den Mitgliedern gerade 35 Personen, darunter 18 Wissenschaftler an der PAW, zählte man 1951 bereits 1501 Beschäftigte bei 436 Wissenschaftlern. Mußte der Präsident im ersten Nachkriegsjahr um Haushaltsmittel von etwa 131.400 RM jährlich förmlich betteln, stand jetzt mehr als das 280-fache zur Verfügung. Konnte bis 1945 Forschungsarbeit mit bescheidenen Mitteln in ca. 30 akademischen Kommissionen geleistet werden und existierten davon bei Kriegsende nur noch weniger als die Hälfte, so verfügte die Akademie nun wieder über 20 Kommissionen sowie über 26 Forschungsinstitute und vier Laboratorien.² Diesen »prestigeträchtigen Ausbau der Berliner Akademie« nutzten damals die Wissenschaftsakademien Westdeutschlands, um 1950 ihrer Forderung an die Bundesregierung nach besserer finanzieller Ausstattung Nachdruck zu verleihen und nicht auf den »Rang von Provinzialinstituten herabzusinken«.³ Allerdings war auch die Gelehrtenegesellschaft 1951 nicht mehr die

¹ Iwan A. Bejtin, Oberst a. D. der Sowjetarmee, ab 1945 Mitarbeiter der Politischen Hauptverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, Rückkehr in die UdSSR im Jahre 1958.

² Zahlen aus: Haushaltsantrag vom 8.6.1945, AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 660, Bl. 8; Jahrbuch der DAW, 1950-1951, S. 47 und 78. Die Finanzmittel der DAW waren für 1951 in Haushaltsmittel (22 Mill.), Investitionsmittel (12,4 Mill.) und projektbezogene Mittel (2,75 Mill.) aufgeschlüsselt.

³ Die "Denkschrift" an die kulturpolitische Abteilung des Bundeskanzleramtes war Ergebnis der zweiten Beratung der Arbeitsgemeinschaft der Akademien in Göttingen, Heidelberg und München (gegründet am 19.12.1949) am 11.9.1950. Entwurf in: Archiv der Heidelberger AW, Nr. 611/6. Vgl. Udo Wennemuth, Dissertation 1991, Wis-

der alten PAW. Von den vor 1945 zugewählten Ordentlichen Mitgliedern (OM) beteiligten sich nur noch 8 - 10 (12 - 15%) am Akademieleben in Berlin; 43% lebten in der westlichen und 3% in der östlichen Welt; 17% waren verstorben und 22% im Zuge der Entnazifizierung von der Mitgliederliste gestrichen worden. Seit Kriegsende hatte die Gelehrten-gesellschaft 63 neue Mitglieder zugewählt⁴ und gleichzeitig neun durch Austritte verloren.⁵

Diese Veränderungen vollzogen sich vor den Augen der sowjetischen Besatzungsmacht, und es drängt sich die Frage auf, inwieweit die am 9. Juni 1945 gebildete Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) bzw. deren Nachfolgerin nach Gründung der DDR, die Sowjetische Kontrollkommission (SKK), diese Entwicklung beeinflusste, zumal man heute schnell von Sowjetisierung spricht. Eine abschließende Antwort auf diese Frage ist nicht möglich, da nach wie vor kein Zugang zu den relevanten Archiven der SMAD möglich ist. Als Quellen für diese Betrachtung dienten die Unterlagen der Akademie und der deutschen Administrationen sowie Gespräche mit zwei ehemaligen Mitarbeitern der SMAD.

I. Die Wiedereröffnung als Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin

Den ersten direkten Kontakt zur sowjetischen Besatzungsmacht suchte die Akademie bereits wenige Tage nach Kriegsende. Der 1939 in das neugeschaffene Amt des Akademiedirektors berufene Helmut Scheel⁶ bat den

schaftsorganisation und Wissenschaftsförderung in Baden. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften 1909 - 1949, S. 516f. - als Buch: Stuttgart 1994.

⁴ 12 (1946), 2 (1947), 44 (1949) und 5 (1951).

⁵ Die Austritte konzentrierten sich auf die Jahre 1950/51. Vorrangige Begründung war die Unzufriedenheit mit der Hochschulpolitik in der SBZ/DDR; der äußere Anlaß ein ohne Zustimmung der Mitglieder vom Akademiepräsidenten abgesandtes Glückwunschtelegramm zum 70. Geburtstag von J. Stalin. Die zwei Mitglieder aus dem Lehrkörper der TU Berlin bedauerten ihren Austritt und erklärten, daß dies auf Wunsch der Dienstbehörde erfolgt.

⁶ H. Scheel war 1939 in dieses neu geschaffene Akademiesamt vom Reichsminister B. Rust berufen worden. Er galt als Mitglied der NSDAP seit 1937 und behauptete selbst, den Status eines inaktiven Anwärter zu haben. Damit wurde seine Entnazifizierung äußerst schwierig - er sei »nach den grundsätzlichen Bestimmungen schwer zu halten«. Vgl. A. Siggel, 3.7.1945, AAW, Bestand Akademieleitung, Personalia, Nr. 671. Sein Engagement und seine Kenntnis der Auslagerungsstellen machten ihn nach 1945 zunächst unersetzlich. Erst als es zu Kompetenzstreitigkeiten mit dem Präsidenten kam, die Rückführungen beendet waren und er sich Ende 1946 an den Rand gedrängt

sowjetischen Kommandanten des Bezirkes Berlin-Mitte um Unterstützung bei der Sicherung der Restbestände der Akademie. Der noch als Präsident amtierende Hermann Grapow versuchte am 28. Mai 1945 die »engen wissenschaftlichen Beziehungen« zur russischen Akademie wiederzubeleben, indem er den Stadtkommandanten bat, ein Glückwunschsreiben zum »bevorstehenden Jubiläum« weiterzuleiten.⁷ 221 Jahre Akademie der Wissenschaften der UdSSR waren zwar kein besonderes Jubiläum, aber immerhin eine Möglichkeit auf frühere Beziehungen hinzuweisen, die jetzt vielleicht von Nutzen sein konnten.

Der zweite Kontakt ergab sich, als die Akademie - nachdem sie am 21. Juni 1945 über ein neues Statut und eine neue Leitung abgestimmt hatte - ihre Wiedermehrzulassung beantragte. Über den Antrag hatte zwangsläufig die einzige zu dieser Zeit in Berlin anwesende Besatzungsmacht, und das war die sowjetische, zu entscheiden.⁸ Die SMAD schickte zur Erkundung der Situation ihren Oberst Berdeli zum Gespräch mit dem Akademiepräsidenten und dem Akademiedirektor, das im Beisein von Vertretern der Volksbildungsabteilung des Berliner Magistrats am 27. Juni 1945 stattfand. Berdeli ließ sich vom neuen Akademiepräsidenten Johannes Stroux⁹ über »Aufgaben und Tätigkeit der Akademie unterrichten, wobei insbesondere die Frage nach Instituten erörtert wurde.« Gleichzeitig forderte er eine Leseliste der Mitglieder für die nächsten drei Monate und erklärte, »dass er nach Prüfung der Leseliste die Weiterführung der Arbeiten der Akademie und die Genehmigung der Satzung befürworten würde.«¹⁰ Die SMAD erhielt die Leseliste, aber eine Entscheidung wurde nicht verkündet. Welches Interesse sollte die SMAD in dieser komplizierten Zeit auch

fühlte, nahm er einen Ruf nach Mainz an. (Scheel schilderte diese Vorgänge in einem Brief an die Akademie vom 29.11.1946, AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 661.) Er wurde später zum Mitbegründer der Mainzer Akademie der Wissenschaften und der Literatur.

⁷ Vgl. H. Grapow, Brief an den Kommandanten von Berlin Generaloberst Bersarin vom 28.5.1945, AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 660, Bl. 4.

⁸ Die Akademie hatte zwar am 25.05.1945 den Magistrat gebeten, »die Betreuung der Akademie von Seiten der Stadtverwaltung zu übernehmen, bis wieder eine ordnungsmäßig zuständige Zentralverwaltung gegründet ist«, dort vermerkte aber die zuständige Abteilung Volksbildung bezüglich der Genehmigungen ausdrücklich: »nach Äußerung der Besatzung«. BAAP, R-2 1388, Bl. 37 und 59.

⁹ J. Stroux war durch die Mehrheit aller Mitglieder - auch der nicht in Berlin anwesenden - legitimiert das Präsidentenamt auszuüben, denn bereits am 2. April 1943 hatten beide Klassen der PAW in »inoffiziellen Sitzungen« ihn oder Hans Stille als Nachfolger für Theodor Vahlen nominiert. AAW, NL M. v. Laue, Dokumente Nr. 45ff.

¹⁰ AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 660, Bl. 34.

an der kleinen Gelehrtenegesellschaft haben, die nicht einmal über Institute, also über keinerlei praktisch nutzbare oder demontierbare Forschungskapazität, verfügte? Damit unterschied sich das Verhalten der vier Besatzungsmächte gegenüber der Akademie in den ersten Nachkriegsmo- naten nicht wesentlich. Das Tagebuch und die überlieferte Korrespondenz des amerikanischen Offiziers Edward Y. Hartshorne, der in der US-Zone und in Berlin für schulische und wissenschaftliche Angelegenheiten zu- ständig war, erwähnt die Akademie kein einziges Mal.¹¹ Die erste offizi- elle Stellungnahme der vier Alliierten zur Akademie erfolgte am 27. Ok- tober 1945, als Berlins Nachkriegsregierung, die Alliierte Kommandantur, den Etat der PAW aus dem Haushalt des Magistrats strich. An der Ent- scheidung der Kommandantur änderte sich auch nichts, als die Akademie am 5. November 1945 ein Memorandum¹² über ihre Aufgaben und Be- deutung in deutscher, russischer und englischer Sprache vorlegte.

Das allerdings führte zum dritten und wohl wichtigsten Kontakt der Aka- demie mit der sowjetischen Besatzungsmacht. Zunächst bat die Akademie den Magistrat, den drohenden Untergang zu verhindern. In einem Brief an den Stadtrat für Volksbildung Otto Winzer vom 15. November 1945 bet- telte der Akademiepräsident förmlich für die Akademie um die monatli- chen 20.500 RM, die für das weitere Fortbestehen mindestens notwendig waren.¹³ In der Tat bereitete Winzer für die Magistratssitzung am 17. De- zember 1945 eine Beschlußvorlage vor: »Der Magistrat der Stadt Berlin beschliesst, die Alliierte Kommandantur durch den Oberbürgermeister zu bitten, das Weiterbestehen der Akademie der Wissenschaften ... zu er- möglichen.« Der Stadtrat führte eine Reihe von »zur Zeit geplanten wis- senschaftlichen Arbeiten auf, an deren Weiterführung und Erhaltung die Stadt Berlin interessiert ist« und stellte dann heraus: »Gewisse Beziehun- gen zu gleichen Körperschaften des Auslandes beginnen wieder aufzule- ben. Ein Beauftragter der Leningrader Akademie der Wissenschaften weilt zur Zeit in Berlin, um sich in eingehenden Besprechungen über die Tätig- keit der Akademie und der ihr angeschlossenen wissenschaftlichen Orga- nisationen zu unterrichten. Nach dem bisherigen Ergebnis dieser Bespre- chungen ist unverkennbar, dass die zuständigen sowjetrussischen Stellen nicht nur die Absicht haben, die Verbindung mit der Akademie wieder herzustellen, sondern ihre Arbeiten zu fördern und mit ihr zusammenzuar-

¹¹ Vgl. P. Th. Walther, Zur politischen Geschichte der Akademien der Wissenschaften in Berlin zwischen 1945 und 1991, Manuskript 1991, S. 16.

¹² AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 660, Bl. 114ff.

¹³ AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 660, Bl. 114ff.

beiten. ... Es kann festgestellt werden, dass die Akademie der Wissenschaften durch ihre engen Beziehungen zu wissenschaftlichen Körperschaften des Auslandes (USA, England, Frankreich einschliessl. Sowjetrussland) von internationaler Bedeutung war und das Sprachrohr des wissenschaftlichen Fortschritts für das neue freie Deutschland werden müsste.«¹⁴ Die Vorlage, in der die Akademie erstmals nicht mehr als 'Preußische' bezeichnet wurde, kam nicht zur Abstimmung¹⁵. Das dürfte damit zusammenhängen, daß mit dem Vertreter der sowjetischen Akademie, der gemeinsam mit dem Oberbürgermeister Werner am 6. Dezember 1945 an einer Plenarsitzung der Akademie teilgenommen hatte, ein erfolgversprechender Weg gefunden worden war, um die Probleme zu lösen. Im Umgang mit der »Sowjetmacht« geübt, empfahl Viktor Sergeevic Kulebakin¹⁶ der Akademie das 'Preußische' vom Namen zu streichen und den Oberbefehlshaber der SMAD zu bitten, »daß die Akademie bis zur Bildung einer rechtmässigen parlamentarischen zentralen Regierung für ganz Deutschland der alliierten Militärbehörde, und zwar, da sie im Bereich der sowjetrussischen Zone liegt, der sowjetischen Militärverwaltung unterstellt wird, die auch dafür sorgen möchte, daß die Akademie die von ihr als erforderlich erachteten Etatmittel seitens des Magistrats oder einer anderen deutschen Finanzbehörde erhält, und daß sie ihre wissenschaftlichen [Aufgaben] mit den von ihr benötigten Kräften ungehindert nach eigenem Ermessen fortführen kann.«¹⁷ Auf einer außerplanmäßig für den 20. Dezember 1945 einberufenen Sitzung des Akademieplenums kam es zur Beratung und Abstimmung. Mit deutlicher Stimmenmehrheit wurde die Umbenennung in »Akademie der Wissenschaften zu Berlin« beschlossen und damit »eine der Voraussetzungen [erfüllt], auf der sich ihre künftige Organisation gründen soll.«¹⁸ Bei der Unterstellungsfrage kam es

¹⁴ O. Winzer, Magistratsvorlage vom 11.12.1945 für die Sitzung am 17.12.1945, LAB (STA), Rep. 100, Nr. 765, Bl. 23.

¹⁵ Die Vorlage wurde zurückgezogen. Protokoll der Magistratssitzung vom 17.12.1945, LAB (STA), Amtdrucksachen.

¹⁶ V. S. Kulebakin, selbst Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR seit 1939, stellte sich am 6.12.1945 dem Plenum der PAW als Vertreter seiner Akademie vor, der nach Deutschland gekommen sei, »wissenschaftliche und arbeitsmäßige Verbindungen mit deutschen Gelehrtenanstalten, insbesondere mit der Preußischen Akademie der Wissenschaften, aufzunehmen«. AAW, P 1/0, Bl. 43ff.

¹⁷ AAW, P 1/0, Bl. 51 und Bestand Akademieleitung, Nr. 660, Bl. 156f..

¹⁸ J. Stroux, Brief an V. Kulebakin vom 21.12.1945, abgedruckt in: *Altertumsforscher - Wissenschaftsorganisator - Humanist. Zum 100. Geburtstag von Johannes Stroux, Sitzungsberichte der AdW der DDR, Berlin (Ost) 1987, 5G, S. 33ff.*

zu keiner Einigkeit. Die Mitglieder stimmten für Vertagung.¹⁹ Trotzdem teilte der Akademiepräsident am folgenden Tag der SMAD mit: Die Akademie »ist zu der Überzeugung gekommen, dass die unmittelbare Unterstellung unserer Akademie ohne Zwischenschaltung anderer Behörden unter die Autorität der Sowjetischen Wissenschaftsabteilung der SMAD die beste Möglichkeit der Organisation bedeutet.«²⁰

Entscheidend für die Zukunft der Akademie war die Reaktion von Marschall Georgi K. Skukow: »Die Akademie der Wissenschaften kann man nicht der SMAD unterstellen, weil die SMAD keine deutschen Einrichtungen leitet. ... Vielleicht sei es zweckmäßig, sie der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung zu unterstellen.«²¹ Mit seiner Feststellung unterstrich Shukow die alliierten Rechtsvorstellungen und empfahl gleichzeitig, sie zu brechen. Die Akademie unterstand dem Magistrat und damit der Alliierten Kommandantur. Von den westlichen Alliierten war eine Zustimmung zur Unterstellung unter eine Zentralverwaltung keinesfalls zu erwarten. Das hatten sie unmißverständlich beim Wechsel des Unterstellungsverhältnisses im Zusammenhang mit der Wiedereröffnung der Universität deutlich gemacht.²² Für die Akademie mußte die Unterstellungs-

¹⁹ Für die Vertagung stimmten 9 Mitglieder, dagegen 5 bei einer Enthaltung. In der Diskussion, an der sich fast alle beteiligten, wurde hervorgehoben, »daß die geplante Beschlußfassung deshalb so schwerwiegend sei, weil sich der größte Teil der Mitglieder nicht in Berlin, sondern außerhalb befindet und nicht beteiligt werden könne. Man könne deshalb nicht gut von einem Plenarbeschluß sprechen«. Der Namensänderung stimmten 11 Mitglieder zu. Protokoll der Sitzung, AAW, P 1/0, Bl. 51.

²⁰ J. Stroux sah darin eine Übergangslösung bis »zur Errichtung einer zentralen deutschen Verwaltungsorganisation«. Über die Sitzung am 20.12.1945 berichtete er V. Kulebakin: Wenn die Akademie »in dieser Sitzung, der ersten, die sie diesem Gegenstand widmen konnte, noch nicht zum Beschluß über den endgültigen Wortlaut eines Schreibens an den Obersten Chef der Sowjetischen Militärverwaltung, Marschall der Sowjetunion G. Shukow, gekommen ist, so ist die außerordentliche Tragweite dieser Angelegenheit, und die Bedeutung, die eine solche Entschließung für die Zukunft der Akademie haben wird, der Grund, warum wir bitten, die Überlegung und Beratung darüber noch kurze Zeit fortführen zu dürfen.« Vgl. J. Stroux, Brief an M. Dratwin (Chef des Stabes der SMAD) vom 21.12.1945. GSAPK, Rep. 182, II, 1. Brief an V. Kulebakin vom 21.12.1945, abgedruckt in: Altertumsforscher - Wissenschaftsorganisator - Humanist. Zum 100. Geburtstag von Johannes Stroux, Sitzungsberichte der AdW der DDR, Berlin (Ost) 1987, 5G, S. 33ff.

²¹ Mitteilung von Prof. P. I. Nikitin (Mitarbeiter der SMAD/SKK von Mai 1945 - Oktober 1952, 1946 Leiter des neu geschaffenen Sektors Akademische Institutionen, später mit dem Sektor Hochschulen zusammengelegt) vom 16.9.1992, die übereinstimmt mit einem Interview von R. Köhler mit P. Nikitin im April 1991.

²² Major Shaefer vom OMGB wies J. Stroux am 10.1.1946 darauf hin, »dass infolge der alleinigen Verfügung der russischen Behörden über die Universität alle auf amerikani-

frage allerdings zu dieser Zeit völlig bedeutungslos sein - für sie ging es ums Überleben, und vor allem brauchte sie Unterstützung für die Rückführung der ausgelagerten Forschungsmittel. Und Kulebakins Ziel war letztendlich auch erreicht. Die SMAD begann sich ernsthaft um die Akademie zu kümmern, schließlich hatte deren Oberster Chef eine Empfehlung ausgesprochen. In der Volksbildungsabteilung der SMAD gab es nun mit dem promovierten Physiker und Major Pjotr I. Nikitin einen Mann, der für die Akademie zuständig wurde.²³ Ab diesem Zeitpunkt war die Akademie in der obersten Etage der SMAD nicht nur keine Unbekannte mehr, sondern Präsident Stroux stand der direkte Weg zur wirklichen Entscheidungsebene offen. Während seiner gesamten Akademiepräsidentenschaft hatte er so jederzeit Zugang zum mächtigsten Mann der sowjetischen Besatzungsmacht in Deutschland - wenn Probleme auftauchten, fuhr er zum Oberbefehlshaber²⁴ bzw. zu dessen Politischen Berater Wladimir S. Semjonow, so Stroux' Sohn.²⁵

Anfang 1946 war zunächst nur über den Fortbestand²⁶ der Institution, die sich nun »Akademie der Wissenschaften zu Berlin« nannte, entschieden worden. Ihre offizielle Wiederzulassung als »Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin« (DAW) erfolgte erst am 1. Juli 1946 in der damals üblichen Form eines Befehls des Obersten Chefs der SMAD.²⁷

schen Gebiet befindlichen Institute der Universität aus dieser auszuschneiden hätten«. Vgl. LAB (STA), Rep. 120, Nr. 1609.

²³ P. Nikitin schilderte dem Verfasser am 16.9.1992 seine damaligen Aufgaben und die Amtsübergabe.

²⁴ Marschall G. Shukow wurde im April 1946 aus Berlin abberufen und von J. Stalin 'kaltgestellt'. Erst nach dessen Tod wieder rehabilitiert, hatte er 1955 ein kurzes Comeback als Verteidigungsminister der UdSSR. Sein Nachfolger in Deutschland wurde sein bisheriger Stellvertreter Wassili D. Sokolowski, damals Armeegeneral und später Marschall der Sowjetunion.

²⁵ Mitteilung von Leonhard Stroux an den Verfasser vom 5.7.1991.

²⁶ Die Akademie wurde auf bisher nicht ganz klaren Wegen weiter über den Magistrat finanziert und sie bekam von der SMAD Unterstützung bei der Rückführung von Forschungsmitteln.

²⁷ Befehl Nr. 187 des Obersten Chefs der SMA und Oberkommandierenden der Sowjetischen Besatzungsgruppen in Deutschland zur Wiedereröffnung der Akademie vom 1.7.1946, in: W. Hartkopf / G. Wangermann, Dokumente zur Geschichte der Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1990, Berlin - Heidelberg - New York 1991, S. 467f. Jedoch ist in dieser Übersetzung des russischen Textes in Punkt 1. ein Fehler, auf den C. Grau hinwies: Falsch: 1. Dem Gesuch des Chefs der Deutschen Verwaltung für Volksbildung und des Präsidenten der ehemaligen Preußischen Akademie der Wissenschaften über die Eröffnung auf der Grundlage der letzten Deutschen Akademie der Wissenschaften mit dem Sitz in Berlin ist stattzugeben. Richtig: ist stattzugeben, auf

Was schrieb die SMAD der Akademie nun eventuell gegen den Willen ihrer Mitglieder ins Stammbuch - die Unterstellung unter die Zentralverwaltung, die erneute Namensänderung oder die Möglichkeit, künftig Forschungsinstitute²⁸ besitzen zu können? Versuchen wir eine nüchterne Analyse und vergessen wir nicht, daß damals vermutlich praktische Probleme im Vordergrund standen, wie etwa die Rückführung der Forschungsmittel, die der Befehl ebenfalls regelte und die mit sowjetischer Hilfe im Oktober 1946 abgeschlossen werden konnte.²⁹

Erstens schrieb der Befehl die Unterstellung unter die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DZVV) nun offiziell fest. Anstoß daran nahm zu dieser Zeit niemand, denn die Akademie hatte die Unterstellung unter den Magistrat ohnehin nur als eine Übergangslösung betrachtet, »bis wieder eine ordnungsgemäß zuständige Zentralverwaltung gegründet ist«³⁰. Außerdem konnte sie sich dadurch wieder einmal aus einer finanziellen Notlage befreien. Durch einen erneuten Beschluß der Alliierten Kommandantur vom 15. März 1946 erhielt sie, wie auch andere wissenschaftliche Einrichtungen der Stadt, keine Finanzmittel mehr. Die Magistratsverwaltung verlangte von der Akademie die Kündigung aller Mitarbeiter zum 31. Mai 1946 und ließ in ihrem Schreiben keinen Zweifel daran, daß die Alliierte Kommandantur der Verursacher der Misere war. Daraufhin kündigte die Akademieleitung vorsorglich allen Mitarbeitern und entfachte eine Pressekampagne.³¹ Nun erschien die DZVV als Retter, indem am 24. Juni 1946 deren Präsident Paul Wandel verkündete, »dass die Finanzierung der Akademie der Wissenschaften ... in Zukunft aus dem Etat der Universität Berlin vorgenommen wird«.³² Was sollten die Westalliierten gegen diese Großzügigkeit haben? Folgerichtig blieb jeder Protest gegen die Übernahme durch eine Zentralbehörde diesmal aus.

der Grundlage der letzteren die Deutsche Akademie mit Sitz in Berlin zu eröffnen. Vgl. C. Grau, Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Heidelberg, 1993, S. 252.

²⁸ Die Möglichkeit Institute zu gründen führt der Befehl 187 nicht ausdrücklich aus, jedoch konnte dies vom Präsidenten Stroux auf der offiziellen Eröffnungsfeier der DAW am 1.8.1946 verkündet werden. Vgl. Ansprache des Präsidenten bei der Eröffnungsfeier der Akademie am 1. August 1946, in: Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1946 - 1956, Berlin (Ost) 1956, S. 19-23.

²⁹ Vgl. Bericht des Direktors vom 25.10.1946, AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 661, Bl. 225ff.

³⁰ H. Scheel an die Berliner Stadtverwaltung am 25.5.1945, BAAP, R-2 1388, Bl. 59.

³¹ AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 535.

Zweitens gab der Befehl der Akademie einen neuen Namen, und »Deutsche Akademie« verkündete einen unmißverständlichen Anspruch, zumal der Präsident betonte, »die im Erlaß verwandte 'hochamtliche' Fassung des Titels könne nicht geändert werden« - trotz seines Protestes.³³ »Das Plenum nimmt Kenntnis« vermerkte das Protokoll.³⁴ Weiteren Widerstand gegen die Namensveränderung gab es in der Folgezeit nicht. Ohne Zweifel war der mit dem Namen verbundene Anspruch, eine zentrale Akademie für ganz Deutschland zu schaffen, ein Oktroy der sowjetischen Besatzungsmacht. Dies geschah auch in völliger Übereinstimmung mit der durch SED-Mitglieder dominierten DZVV, wie deren damaliger Präsident betonte: »Von Anfang an war der Grundgedanke, eine zentrale Förderung und Koordinierung der wissenschaftlichen Tätigkeit in Deutschland durch eine oberste wissenschaftliche Einrichtung anzustreben.«³⁵ Aber erfolgte es gegen den Willen der Mehrheit der Mitglieder der PAW? Entsprach dies nicht gleichzeitig ohnehin der realen Situation im Sommer 1946?

Eine historische Rückschau zeigt deutlich, wie groß die Interessenübereinstimmung zwischen den Gelehrten und der Administration in dieser Frage war. Die deutschen Wissenschaftsakademien und besonders die PAW, als die »größte führende Akademie«³⁶, kämpften in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts ständig um den Erhalt und - wenn möglich - um den Ausbau ihrer Stellung als höchste nationale und internationale Repräsentanten der deutschen Wissenschaft. Dies erregte alle Mitglieder und bewirkte gemeinsames Handeln, wenn Gefahr im Verzug war, wie Beispiele zeigen: Als Ende der 1920er Jahre erstmals die Reichsregierung auch nur andeutete, daß sie »in die Lage kommen könnte, einen besonderen Forschungsrat zu bilden«³⁷, und sie schließlich sogar bezüglich der deutschen Vertretung in den internationalen Wissenschaftsorganisationen drohte, »eventuelle Verhandlungen mit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft oder der Notgemeinschaft betreffend der Wahl von Delegierten in Aussicht« zu

³² Vgl. P. Wandel, Schreiben an den Akademiepräsidenten J. Stroux vom 24.6.1946, AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 535.

³³ Vgl. Protokoll der Plenumsitzung vom 4.7.1946, AAW, P 1/1, Bl. 639.

³⁴ Ebenda.

³⁵ P. Wandel, Mitteilung an den Verfasser vom 27.6.1991.

³⁶ M. Vasmer, Protokoll der Sitzung der Gesamt-Akademie vom 6.7.1944, in: W. Hartkopf / G. Wangemann, a. a. O., S. 452.

³⁷ C. Grau, Die Wissenschaftsakademien in der deutschen Gesellschaft: Das „Kartell“ von 1893 bis 1940, in: Acta Historica Leopoldina, Nr. 22, Halle (Saale) 1995, S. 37.

nehmen³⁸, reagierten die Gelehrten der PAW äußerst schroff: Der Staat könne nur die Initiative ergreifen, wenn es keine »legale Vertretung der Wissenschaft« gäbe - »Deutschland, das über wissenschaftliche Vertretungen verfügt, kann nicht behandelt werden, wie etwa Marokko, Tunis etc.«³⁹. Auch als 1929 aus dem »Provisorium Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft« die »Dauerinstitution Deutsche Forschungsgemeinschaft« wurde, handelten die Gelehrten der PAW geschlossen und schnell. Damals ließ die Preußische Staatsregierung ihre Akademie in Berlin wissen: »Die Preußische Akademie wird ihrerseits mit der Staatsregierung ohne Zweifel bei weiterer Erweiterung der Aufgaben und Ziele der Notgemeinschaft vor die sehr ernste Frage gestellt sein, ob denn nicht einer ihrer wesentlichen Zwecke, der der Forschungsorganisation zu dienen, so beeinträchtigt werden kann, daß ihre Entwicklung Schaden erleidet. Ich sehe es als eine zeitgemäße Aufgabe der Akademie an, diese Frage zu prüfen und mir dadurch die Voraussetzungen zu schaffen, die notwendig sind, um nicht nur den Fortbestand, sondern auch den Ausbau der Akademie im Sinne erweiterter Forschungsorganisation zu sichern.«⁴⁰ Es dauerte kein Jahr, bis eine »Reorganisationskommission« der PAW dem Kultusministerium eine »Denkschrift über die Erweiterung ihrer Tätigkeit« unterbreitete.⁴¹ 1933 beklagte die Akademie schließlich bei der Staatsregierung ihre »Einengung der bisherigen Wahlmöglichkeiten« und forderte Stellen für OM ohne die bisherige Beschränkung auf den Raum Berlin. Ein Jahr später wurden ihr sechs Stellen für die neue Mitgliederkategorie Auswärtiges Ordentliches Mitglied genehmigt, das Statut von 1939 ließ dann bereits 24 zu. Bis Kriegsende hätten fast drei Viertel der Mitglieder in diese Kategorie eingeordnet werden können, weil sie Berlin verlassen hatten - auf die verschiedenen Gründe kann nicht eingegangen werden. Zu einer gesamtdeutschen Akademie bezüglich der Mitgliedschaft war die Akademie somit schon vor der Gründung der DAW geworden. Sie war auch bereits während der NS-Zeit auf dem Weg zur deutschen Zentralakademie gewesen - durch ihre Ernennung zum »ständigen Vorort und Verwaltungssitz des Verbandes der Deutschen Akademien« im Jahre 1939, der

³⁸ Ebenda, S. 38.

³⁹ Ebenda, S. 38.

⁴⁰ Schreiben des Preußischen Kultusministers H. Becker an die PAW vom 21.5.1929, zitiert in: K. Zierold, Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte - Arbeitsweise - Kommentar, Wiesbaden 1968, S. 115.

⁴¹ Denkschrift der Preußischen Akademie der Wissenschaften über die Erweiterung ihrer Tätigkeit, gekürzt in: W. Hartkopf / G. Wangemann, a. a. O., S. 301-310.

ein Jahr später die Gründung einer Reichsakademie unter Berliner Leitung folgen sollte.⁴² Der Mißerfolg dieses Vorhabens war schließlich »weniger dem Widerstand der Wissenschaftler als dem Verlauf des Krieges zu verdanken« gewesen.⁴³ Da also selbst in der NS-Zeit - wo die Mitgliedschaft der Akademie durchaus in vielen Fragen sehr gespalten war - Konsens bestand, daß der PAW ein Platz an der Spitze der Deutschen Wissenschaftsorganisation gebührt, konnte dies bei der Gründung der DAW auch für die Mehrzahl der Mitglieder angenommen werden - einschließlich der nicht in Berlin anwesenden.

Drittens: Beim Aufbau einer Forschungsakademie kann die Übereinstimmung der Interessenlage zwischen Mitgliedern der Akademie und der SMAD hingegen nicht für die gesamte Mitgliedschaft angenommen werden. Zwar war die Forschungsakademie keine Erfindung der Nachkriegszeit und es bedurfte auch keineswegs einer Orientierung am Vorbild der sowjetischen Wissenschaftsakademie⁴⁴, aber an ihr mußten nur jene Mitglieder besonderes Interesse haben, die für sich im Verlaufe der Ausdifferenzierung der deutschen Wissenschaftsorganisation in der ersten Hälfte des Jahrhunderts keine befriedigende institutionelle Lösung gefunden hatten. Insgesamt gibt es vielfache Zeugnisse dafür, daß die PAW spätestens seit 1900 die Gründung eigener Forschungsinstitute anstrebte. Sie blieben bis 1945 erfolglos, weil ihre Finanzierung nicht gelöst werden konnte - der Staat hatte kein Geld und private Geldgeber wollten für reine Staatsanstalten ohne ein Mitbestimmungsrecht kein Geld geben. Und die Akademie als Institution, ihr Geschichtsschreiber Adolf von Harnack war sich sicher, die würde sich nicht »aus freier Faust darauf einlassen ..., Nicht-Gelehrten irgend welchen Einfluß zu gestatten«. Harnacks Urteil bezieht sich auf das Ganze - die einzelnen Gelehrten selbst fanden in der

⁴² Der Erlaß der Reichsregierung stammte vom 12.5.1939. Er wurde nach Protest der anderen Akademien am 22.6.1939 zunächst zurückgenommen, bis sich die Akademien über die Neugestaltung der Satzung verständigten. Der von der PAW vorgelegte Satzungsentwurf wurde nach Diskussion auf dem Verbandtag der Akademien am 7. und 8.6.1939 mit wenigen Änderungen angenommen. Die Bestätigung durch das Reichsministerium erfolgte am 21.8.1940. Zwei Tage später bat der Berliner Präsident die anderen Akademien zu einer Beratung über die Gründung einer „Reichsakademie der deutschen Wissenschaft“.

⁴³ C. Grau, Die Wissenschaftsakademien in der deutschen Gesellschaft: Das „Kartell“ von 1893 bis 1940, in: *Acta Historica Leopoldina*, Nr. 22, Halle (Saale) 1995, S. 51

⁴⁴ Vgl. Loren R. Graham, *The Formation of Soviet Research Institutes. A Comparison of Revolutionary Innovation and International Borrowing*, in: *Social Studies of Science* 5 (1975), S. 309-329. Nach Graham wurde die sowjetische Akademie Ende der 1920er Jahre hauptsächlich nach dem Vorbild der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft umstrukturiert.

Mehrzahl Lösungen und verfügten über Forschungseinrichtungen an der Universität, in der KWG⁴⁵, den Reichsanstalten u. a. Einrichtungen. Initiativen der Akademie zur Gründung eigener Forschungsinstitute, wie die Denkschrift über die Erweiterung ihrer Tätigkeit aus dem Jahre 1930, zielten deshalb auf Bereiche, für die bis dahin keine Lösung - keine Lobby - gefunden werden konnte. Es waren also Gruppeninteressen, die nie auf die Unterstützung der Gelehrten-gesellschaft als Ganzes hoffen konnten.

Ab Sommer 1945 und während der Konzipierung der DAW gab es nun allerdings einen wesentlichen Unterschied zu früher. Nur etwa ein Viertel aller Mitglieder war in Berlin geblieben und ganze Interessengruppen fehlten plötzlich im Spektrum der sich engagierenden Gelehrten.⁴⁶ Z. B. hatte die 'KWG-Fraktion' - immerhin 20% aller OM - bis auf eine Ausnahme Berlin verlassen. Meist waren die Kaiser-Wilhelm-Institute dieser Wissenschaftler gleich mit nach West- und Süddeutschland verlagert worden, was eine baldige Rückkehr - ganz unabhängig von der generellen Frage der Wiedereinrichtung der KWG - sehr unwahrscheinlich erscheinen ließ. Die in Berlin anwesenden Mitglieder hingegen verkörperten genau jene Gruppe von OM, die besonders an Akademieinstituten interessiert sein mußten, da sie in der Vergangenheit nicht vom Aufschwung der außeruniversitären Forschung - wie er sich insbesondere in den KWG manifestierte - profitiert hatten. Und trotz der Not in der Nachkriegszeit schienen auch die Bedingungen für die Finanzierung von Akademieinstituten günstiger, denn als einzigen Geldgeber für die Wissenschaft sahen die Akademiemitglieder in Berlin für eine längere Zeit den Staat. »Die reichen Hilfsquellen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Notgemeinschaft sind versiegt und werden in absehbarer Zeit nicht mehr fließen können.«⁴⁷

⁴⁵ Vgl. C. Grau, „daß die beiden Gesellschaften in Frieden nebeneinander stehen und zusammenarbeiten“. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften und die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin, in: Dahlemer Archivgespräche, hrsg. vom Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Bd. 1, 1996, S. 34-46.

⁴⁶ Vgl. hierzu P. Nötzoldt, Wissenschaft in Berlin - Anmerkungen zum ersten Nachkriegsjahr 1945/46, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, Nr. 5, 1995, S. 15-36.

⁴⁷ H. Kienle, Festrede anlässlich der Eröffnungsfeier der Akademie am 1. August 1946, in: Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1946 - 1956, Berlin (Ost) 1956, S. 25-29.

Erste Bemühungen der Akademie, Forschungsinstitute zu übernehmen, gab es bereits ab Juli 1945⁴⁸ und erste Pläne für Neugründungen lassen sich ab Dezember 1945 feststellen⁴⁹. Ende 1945 äußerten zudem mehrere Institute den Wunsch, der Akademie unterstellt zu werden.⁵⁰ Spätestens ab August 1945 dachten die in Berlin anwesenden Akademiemitglieder auch bereits über ein Verschmelzen von PAW und KWG nach. Historisch legitimiert durch einen Brief Adolf von Harnacks an Hermann Diels aus dem Jahre 1912, der erst nach der Wahl von Diels Sohn Ludwig zum Klassensekretar im Sommer 1945 der Akademie bekannt wurde, meldete diese ihre Ansprüche bereits im August 1945 sowohl bei der Magistratsverwaltung wie auch beim Leiter der Restbestände der Berliner Kaiser-Wilhelm-Institute an.⁵¹ Harnack hatte 1912 gefordert, »die Akademie muss ins Leben hinein ... will sie in lebendiger Föhlung mit der neuen Stellung der Wissenschaft bleiben und die Föhrerrolle behaupten« und bezüglich der Stellung von PAW und KWG es als »das Gewiesene [bezeichnet], dass sie sich verschmelzen, bez. auf das engste kooperieren«.⁵² Allerdings dürften sich die Wünsche der in Berlin anwesenden Akademiemitglieder bezüglich der KWG zunächst wohl auf ihre Fachgebiete bzw. auf in Berlin verbliebene Restbestände der Gesellschaft beschränkt haben. Auf eine Unterstützung insbesondere der sich in Göttingen um den Erhalt der KWG bemühenden Akademiemitglieder - an der Spitze Max Planck, Otto Hahn und Max von Laue - konnte kaum gehofft werden. Aber auch in Berlin gebliebene Naturwissenschaftler, darunter solche, die in der Wissenschaftsabteilung der DZVV den Ton angaben, mühten sich mehr um den Erhalt der KWG als etwa um eine diesbezügliche Erweiterung der Aufga-

⁴⁸ Laut Protokoll der Plenumsitzung vom 12.7.1945 handelte es sich um die beiden Reichsinstitute und das KWI für Geschichte. Die von der Akademie beantragten Vollmachten zur Übernahme erteilte die Magistratsverwaltung für Volksbildung am 23.7.1945. AAW, P 1/0, Bl. 14f. und Bestand Akademieleitung, Nr. 660, Bl. 43.

⁴⁹ Auf der Plenumsitzung am 13.12.1945 wurde über die Gründung eines Instituts für slawische Altertumskunde beraten. AAW, P 1/0, Bl. 48f.

⁵⁰ Diesen Wunsch äußerten die Potsdamer Institute unter der Gesamtleitung von Johann Kienle und von Carl Weickert auftragsweise verwaltete Archäologische Institut des Deutschen Reiches. AAW, P 1/0, Bl. 48f. und Bestand Akademieleitung, Nr. 661, Bl. 153f.

⁵¹ Der Magistratsverwaltung, damals zuständig J. Naas, wurde Harnacks Brief spätestens am 5.8.1945 übergeben; der Leiter der KWG R. Havemann erhielt den Brief vom Akademiepräsidenten mit Schreiben vom 7.8.1945. BAAP, R-2 1388, Bl. 5 und AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 660, Bl. 34f.

⁵² A. v. Harnack, Brief an H. Diels, »Vertraulich und sekret« vom 28.10.1912, BAAP, R-2 1388, Bl. 5ff.

ben der Akademie. Erst als Anfang 1946 immer deutlicher wurde, daß eine Stärkung der Berliner Kaiser-Wilhelm-Institute unter Robert Havemanns Gesamtleitung nicht zu erwarten war und eine direkte Nachfolgeeinrichtung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mit naturwissenschaftlichem Profil im sowjetischen Einflußgebiet nicht zustande kommen würde, schien nach Robert Rompe zum Wiederaufbau von naturwissenschaftlichem Forschungspotential der »Umweg über die Akademie« unumgänglich.⁵³ Im April 1946 - als bei den Alliierten Konsens über die Auflösung der KWG bestand⁵⁴ und u. a. die Kommandantur den Etat der Berliner KWI auf Null gesetzt hatte⁵⁵ aber auch gleichzeitig durch die Amtseinführung von Otto Hahn als Präsident der KWG am 1. April 1946 deutlich wurde, daß eine Nachfolgeinstitution, falls sie entstünde, von Göttingen aus gesteuert würde - entschied die SMAD, die im sowjetischen Machtbereich (SBZ und Berlin Buch) gelegenen KWI der Akademie zu unterstellen.⁵⁶

Die DAW war damit keinesfalls ein Import sowjetischer Wissenschaftsorganisation, sondern das Ergebnis übereinstimmender Interessenlagen und Vorstellungen von Mitgliedern der Akademie auf der einen und der SMAD mit der ihr nachgeordneten DZVV auf der anderen Seite. Gleichwohl beförderte die SMAD zwei Dinge entscheidend: Die Zentralakademie und die universelle Forschungsakademie. Letzteres indem sie ihr auch die Verantwortung für die gesamte naturwissenschaftliche Forschung übertrug, was zumindest nur auf geteilte Zustimmung stieß.

II. Die DAW in der Zeit von 1946 - 1950

⁵³ Vgl. hierzu P. Nötzoldt, *Wissenschaft in Berlin - Anmerkungen zum ersten Nachkriegsjahr 1945/46*, in: *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien*, Nr. 5, 1995, S. 27-30.

⁵⁴ Vgl. M. Heinemann, *Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründung der Max-Planck-Gesellschaft (1945-1949)*, in: Rudolf Vierhaus u. Bernhard vom Brocke (Hrsg.), *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*, Stuttgart 1990, S. 407-408.

⁵⁵ Befehl der Alliierten Kommandantur vom 13.3.1946.

⁵⁶ Mitteilung des damaligen Vertreters der SMAD P. I. Nikitin an den Verfasser vom 16.9.1992. Am 12. April fand eine Beratung über die „Zukunft der Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ statt. Eingeladen waren die Präsidenten von sechs Zentralverwaltungen (Volksbildung, Industrie, Handel und Versorgung, Gesundheitswesen, Energie und Brennstoffversorgung, Land- und Forstwirtschaft) und der Oberbürgermeister von Berlin. BAAP, R-2 1428, Bl. 38 und K-1 MLEF 7438, Bl. 48.

Die übereinstimmenden Interessen zwischen der Akademie und der SMAD dominierten auch in den Folgejahren. Aus der Aktenlage entsteht der Eindruck, daß die DZVV die Akademie zu unpopulären Entscheidungen drängte oder zu drängen hatte, während die SMAD die Position des verständnisvollen Partners bevorzugte. Regelmäßig schickte der Akademiepräsident Schreiben mit Wünschen zur SMAD-Zentrale in Berlin-Karlshorst. Deren Umfang verdeutlichen einige Schlagworte: Rückführung ausgelagerter Forschungsmittel - repräsentatives Hauptgebäude - Gründung eines Verlages - Erweiterung der Druckkapazität - Beschaffung ausländischer wissenschaftlicher Literatur - Auf- und Ausbau von Institutsgebäuden - Besoldungswünsche - Kuraufenthalte - Lebensmittelzuweisung - Bereitstellung von Dienstfahrzeugen - Genehmigung von Häusern für Mitarbeiter - bis hin zur Grundsatzfrage, die Akademie aus der Zuständigkeit der DZVV zu entlassen und sie direkt der im März 1948 geschaffenen Deutschen Wirtschaftskommission (DWK)⁵⁷ zu unterstellen. (Nach der Gründung der DWK hieß die DZVV nur noch DVV - Deutsche Verwaltung für Volksbildung.) »Es ist mir ein Bedürfnis, Herr Marschall, mich über alle die Fragen mit Ihnen zu besprechen und zu beraten, um die weitere Entwicklung in der richtigen Weise voranzubringen.« - so beendete der Akademiepräsident seine Schreiben an die SMAD und so wurde dann wohl auch verfahren.⁵⁸ Die SMAD erfüllte der Akademie nahezu alle Wünsche, ohne vordergründig auf Veränderungen an der Institution zu drängen. Sie bewirkte jedoch Veränderungen durch die Angliederung von Forschungseinrichtungen, und sie schuf Voraussetzungen, die auf eine Erweiterung der Gelehrtengesellschaft zielten.

Die Forschungseinrichtungen entstanden an der DAW auf drei Wegen:

1. durch Angliederung bestehender Einrichtungen,
2. durch die Umwandlung bestehender Kommissionen und
3. durch Neugründungen.

Die Vorgehensweise der Akademie entsprach zunächst dem bereits in der Denkschrift von 1930 von den Mitgliedern bestätigten Weg: »Die Akademie ist der Ansicht, daß an der Organisation durch Kommissionen festgehalten werden muß für solche Unternehmungen, die beschränkteren

⁵⁷ Nach der Gründung der DWK wurden die meisten Zentralverwaltungen in diese als Hauptverwaltungen eingegliedert. Selbständig blieben die Deutschen Verwaltungen für Inneres, Gesundheitswesen, Volksbildung und Justizwesen.

⁵⁸ Neben den Schreiben von Ende 1945 existieren solche Bittschreiben vom 12.2.1947, 1.6. und 15.6.1948, 23.4.1949. AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 660 - 662.

Umfangs sind oder die voraussichtlich in einer bestimmten Zeit zum Abschluß gelangen. Dagegen hält sie es für richtig, für dauernde umfassende Unternehmungen die Form des Instituts zu wählen, an dessen Spitze ein von der Akademie aus ihren Mitgliedern gewählter Direktor steht.«⁵⁹ Das Problem wird sofort deutlich. Institute sollten nur gegründet werden, wenn ein dafür ausgewiesener Gelehrte der Akademie angehörte oder wenn ein geeigneter Wissenschaftler für eine Zuwahl in die Akademie in Frage kam. Bei Institutsgründung nach 2. und 3. ließ sich dies weitestgehend realisieren, was aber nicht genauer betrachtet werden soll. Generell bedeutete das allerdings in den ersten Jahren der DAW eine zweifache Einschränkung aus der inneren Sicht: Erstens galt es Rücksicht auf mögliche Interessen der nicht in Berlin anwesenden Mitglieder zu nehmen und zweitens erlaubten die begrenzte Stellenzahl der Akademie und der begrenzte Kandidatenkreis keine beliebige Ausdehnung auf ein breites Forschungsspektrum. Das entsprach aber weder den Interessen der deutschen Administration, die das Potential der Akademie für den Wiederaufbau im weitesten Sinne nutzen wollte, noch denen der SMAD, deren erstes Ziel es blieb, eine große und attraktive Forschungsstätte für ganz Deutschland zu schaffen. Die deutschen Behörden forderten von der DAW ständig die Gründung neuer Einrichtungen und die SMAD gliederte ihr bereits bestehende - oft auch von ihr gegründete oder genutzte⁶⁰ - Institutionen an. So betrachtete die SMAD die DAW als ein Sammelbecken für wissenschaftliche Institutionen und verfügte zugleich über die notwendige Entscheidungsgewalt gewünschte Erweiterungen vorzunehmen. »Im Rahmen der Akademie konnte jedes beliebige Institut finanziert werden. Ein eigenständiges Institut zu gründen war dagegen außerordentlich schwierig.«⁶¹ Die DZVV drängte stärker auf einen gezielten Ausbau der DAW, um »die Verbindung der wissenschaftlichen Arbeit mit den praktischen Notwendigkeiten beim Wiederaufbau« zu verstärken.⁶² Jedoch stießen Wünsche

⁵⁹ Denkschrift der Preußischen Akademie der Wissenschaften über die Erweiterung ihrer Tätigkeit, gekürzt in: W. Hartkopf / G. Wangermann, a. a. O., S. 303.

⁶⁰ Bei etwa 50% der Angliederungen handelte es sich um Einrichtungen, die von sowjetischen Dienststellen gegründet worden waren oder von entsprechenden Forschungsaufträgen lebten und nun von jenen Stellen nicht mehr weiter finanziert wurden: Optisches Laboratorium, Laboratorium für Gasentladungsphysik, Institut für Medizin und Biologie, Heinrich-Hertz-Institut, Institut für Festkörperforschung, Institut zur Steigerung der Pflanzenerträge Paulinenaue.

⁶¹ P. Nikitin, Mitteilung an den Verfasser vom 26.9.1992.

⁶² Vgl. Aktennotiz über die Aussprache des Präsidiums der Akademie mit dem Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Volksbildung am 12.3.1948, (gez. Wandel), AAW, P 2/1.

der deutschen Administration, »Landwirtschaftswissenschaftler zu wählen« (Februar 1947), ein »Institut für Bauwesen« zu gründen (März 1947) und ebenfalls ein »Institut für Erziehungswissenschaften« (Mai 1947), zunächst auf wenig Resonanz.⁶³ Im Frühjahr 1948 forderte der Präsident der DZVV schließlich personelle Veränderungen in der Gelehrten-gesellschaft, um die gewünschte Verbreiterung der Forschungsbasis durchzusetzen. Die neuen Aufgaben hielt er nur für lösbar, »wenn das Plenum der Akademie die richtige Zusammensetzung aufweist«, wobei die erörterte Liste der zu besetzenden Stellen verdeutlicht, daß dies auf eine wesentliche Erweiterung der an der Akademie vertretenen Disziplinen in Richtung Naturwissenschaften und Technik zielte. Das Problem erlangte schon deshalb besonders Aktualität, weil die Akademie zwar die namhaftesten deutschen Naturwissenschaftler zu ihren Mitgliedern zählte, diese aber - bis auf ganz wenige Ausnahmen - nicht nach Berlin zurückgekehrt waren. Im Präsidium der DAW herrschte Klarheit über die Konsequenzen der anstehenden Entscheidung: »Entweder man gehe von den notwendigen Aufgaben aus, dann bedeutet dies, daß man bei dem heutigen Kräfterangel bescheidenere Ansprüche stellen müsse; oder man versuche, den Maßstab bei der Wahl möglichst unabhängig von den heutigen Umständen zu halten, dann sei der Kreis der zur Wahl kommenden klein, und es seien nicht für alle Aufgaben Mitglieder zu finden. Beide Entscheidungen seien möglich, sie würden natürlich zu Unterschieden im Charakter der Akademie führen.« Das Präsidium der DAW entschied im Frühjahr 1948, »daß die Aufgaben, die den Arbeitsbereich der Akademie erweitern werden, in ihrem Rahmen Aufnahme finden sollen.«⁶⁴ Schließlich wollte die Gelehrten-gesellschaft eine Spitzenposition in der deutschen Wissenschaftsorganisation, und jede Neugründung bildete eine potentielle Gefahr, wie die Geschichte gelehrt hatte.

Die deutschen Politiker dürften die Ankündigung des Akademiepräsidiums eher skeptisch oder auch nur realistisch beurteilt haben, denn innerhalb der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) entstand in der Folgezeit mit dem Amt für Wissenschaft und Technik ein Konkurrenzunternehmen, daß die Steuerungsfunktion der Gelehrten-gesellschaft im naturwissenschaftlich-technischen Bereich ersetzen konnte. Das Amt verfügte

⁶³ Vgl. entsprechende Protokolle der Plenumsitzungen, AAW, P 1/1.

⁶⁴ Zitate aus: Aktennotiz über die Aussprache des Präsidiums der Akademie mit dem Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Volksbildung am 12.3.1948, (gez. Wandel), AAW, P 2/1.

über die notwendigen Finanzen, um Forschungsaufträge an Akademieinstitute zu erteilen und Institute außerhalb der Akademie zu gründen. Es sperrte der Akademie bereits zugesagte Mittel, wenn es z. B. den Aufbau chemischer Institute außerhalb der DAW durchsetzen wollte. Selbst die Ausgliederung bereits bestehender Forschungseinrichtungen aus der Akademie blieb kein Tabuthema. Forschung hatte der wirtschaftlichen Stärkung der SBZ/DDR zu dienen, und sie sollte sich an den Volkswirtschaftsplänen orientieren.

Dieses Ziel konnte jedoch erst nach der Gründung der DDR mit Nachdruck angegangen werden, denn die SMAD verfolgte andere Pläne mit der DAW. Die wurden im Zusammenhang mit der von der SMAD initiierten und gegen den Willen »bestimmter deutscher Kreise«⁶⁵ durchgesetzten »Kulturverordnung«⁶⁶ erneut besonders deutlich. Die starken Bedenken aus der deutschen Administration konnten neben den übergeordneten politischen Gesichtspunkten der SMAD nicht bestehen. Ende 1948 verlangte der Politische Berater Semjonow - inzwischen auch Stellvertreter des Außenministers und Botschafter der UdSSR in Deutschland - genaue Listen, »wer von den Professoren und Dozenten und aus welchem Grund die sowjetische Zone verlassen hat«. Um den Strom zu stoppen, entstanden die Festlegungen der Kulturverordnung vom Frühjahr 1949 - so die Erinnerungen der befragten SMAD-Mitarbeiter und weiter: »Das Jahr 49 nimmt in der Besatzungspolitik der Sowjetunion eine besondere Stellung ein. Es ging auf die Spaltung Deutschlands zu. Und in dieser Zeit bemühte sich die sowjetische Besatzungsmacht, verschiedene Tatsachen zu schaffen, die darauf gerichtet waren, eine große Rolle zu spielen in einem einheitlichen deutschen Staat. Und gerade auf dem Gebiet der Wissenschaft haben wir das Problem diskutiert, daß hier ein Organ geschaffen werden muß, das genug stark ist, um Anspruch zu erheben im einheitlichen Deutsch-

⁶⁵ Mitteilung von P. Nikitin an den Verfasser am 16.9.1992, die auch durch andere Quellen gestützt wird: Der DVV war der Kreis der Begünstigten zu groß und sie versuchte die „künstlerische Intelligenz“ auszuschließen. Die DWK sah Probleme bei der Finanzierung der Maßnahmen und schränkte die Vorhaben sofort nach der Gründung der DDR wieder ein.

⁶⁶ Die vollständige Bezeichnung für die (1.) Kulturverordnung ist: Verordnung über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben, in: Zentralverordnungsblatt vom 21.4.1949, Teil I (1949), Nr. 28.

land, eine Rolle auf dem Gebiet der Wissenschaft zu spielen.«⁶⁷ Der ursprüngliche sowjetische Entwurf der Kulturverordnung beinhaltete folgerichtig: »Die Deutsche Akademie der Wissenschaften [wird] in das höchste wissenschaftliche Zentrum Deutschlands umgestaltet.«⁶⁸ Der endgültige Gesetzestext der DWK hingegen verzichtete bereits auf den gesamtdeutschen Anspruch und formulierte als Ziel, die Umgestaltung der DAW »zu einem leistungsfähigen Zentrum für die Forschungsarbeit.«⁶⁹

Verkündet wurde der Inhalt der Kulturverordnung auf einem »Empfang von Gelehrten am 23. März 1949 durch den Botschafter der Sowjetunion, Herrn Semjonow« als »Plan zur Förderung der Wissenschaften.« Geladen waren die Leitung der DAW sowie »Vertreter der Universitäten, der Deutschen Verwaltung für Volksbildung und demokratischer Organisationen.«⁷⁰ Auch die Verordnung selbst ließ keinen Zweifel zu, wo die »führende deutsche Intelligenz« Unterstützung zu erwarten hatte. Nachdem die »Organe der sowjetischen Besatzungsmacht ... diese Fragen mit der Intelligenz und den fortschrittlichen Arbeitern erörtert« hatten, wurden die DWK und die DVV mit der Realisierung »beauftragt«, ist dort festgehalten.⁷¹ Die Vorgehensweise der SMAD läßt gleichzeitig erahnen, welche Widerstände gegen die mit der Verordnung verbundene Privilegierung der Intelligenz existierten - sowohl in den deutschen Verwaltungen wie auch weiten Kreisen der Arbeiterschaft.⁷²

⁶⁷ I. Bejdin, Antwort auf eine Frage des Verfassers zum Engagement W. Semjonows bei der Kulturverordnung, in: Protokoll des Kolloquiums Hochschul- und Wissenschaftspolitik der SMAD, 31.8.- 5.9.1992 in Gosen, 5. Tag, S. 63.

⁶⁸ Verordnung über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben. Vorlage zur Vollsitzung der Deutschen Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone am 30./31.3.1949, S. 6.

⁶⁹ Verordnung über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben, in: Zentralverordnungsblatt vom 21.4.1949, Teil I (1949), Nr. 28, S. 230.

⁷⁰ Vgl. Bericht des Akademiepräsidenten auf der Plenumsitzung am 23.4.1949, AAW, P 1/1.

⁷¹ Verordnung über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben. Vorlage zur Vollsitzung der Deutschen Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone am 30./31.3.1949, S. 3.

⁷² Vgl. hierzu auch I.-S. Kowalczyk, Volkserhebung ohne »Geistesarbeiter«?. Die Intelligenz in der DDR, in: ders., A. Mitter und St. Wille (Hrsg.), Der Tag X - 17. Juni 1953, Berlin 1995, S. 137-139.

Für die Akademie waren folgende Veränderungen vorgesehen: Die Zahl der Ordentlichen Mitglieder sollte von 60 auf 120 erhöht und die Anzahl der Klassen auf sechs vermehrt werden:

1. Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse
2. Klasse für Sprachen, Literatur und Kunst,
3. Klasse für Gesellschaftswissenschaften
4. Medizinische Klasse
5. Landwirtschaftliche Klasse
6. Klasse für Technik.

Der Etat der Akademie wurde beträchtlich vergrößert. Sie erhielt den Forschungsstätten-Komplex Berlin-Adlershof, das Gebäude der früheren Preußischen Staatsbank am Gendarmenmarkt, das Gut Paulinenaue und das Gut Gatersleben. Zum Ausbau und zur Errichtung von Gebäuden konnte sie zusätzlich 3 Millionen DM-Ost in Anspruch nehmen. Für ihre Veröffentlichungen wurden der Akademie jährlich 250 Tonnen Papier zugeweiht, ferner erhielt sie einen Geldzuschuß für den Druck wertvoller Literatur. Hinzu kamen für die Mitglieder eine Verdopplung der Akademiebezüge von jährlich 6.000 auf 12.000 DM-Ost sowie die Gewährung von Krediten für den Bau von Eigenheimen. Akademiemitglieder, Institutsdirektoren und Abteilungsleiter konnten Zusatzgehälter beanspruchen, falls sie mehrere Ämter bekleideten, z. B. auch an der Universität tätig waren. Für herausragende wissenschaftliche Leistungen war die Ausschüttung von Nationalpreisen mit Dotierungen bis zu 100.000 DM-Ost vorgesehen.⁷³

Die Mitglieder der DAW stimmten den Vorschlägen und der damit verbundenen Reorganisation der Institution am 21. April 1949 zu. »Es ist besonders bemerkenswert und erfreulich, daß der schließliche Beschluß über diese Neuorganisation der Akademie einstimmig gefaßt wurde«, schrieb der Akademiepräsident an Semjonow.⁷⁴ Wie weitgehend und unverändert die Interessen der SMAD und der DAW übereinstimmten, zeigt die Feststellung von Akademiemitglied Kienle, »dass die jetzt zur Aussprache

⁷³ J. Stroux, Mitteilung des Präsidenten auf der außerordentlichen Plenumsitzung der DAW am 26.3.1949, in: Bericht von J. Naas laut Protokoll, AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 662.

⁷⁴ J. Stroux, Bericht an W. Semjonow am 23.4.1949, AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 662.

gebrachten Ideen schon 1946 der Kern der Fragen über die Entwicklung der Akademie gewesen seien«.⁷⁵

Wie angedeutet realisierte die erste DDR-Regierung die Beschlüsse der Kulturverordnung bezüglich der Akademie nur halbherzig. Bereits wenige Wochen nach der Gründung der DDR wurden die Haushaltsmittel für die Akademie für das Jahr 1950 um ca. ein Drittel gekürzt.⁷⁶ Anders als die SMAD konnte sich die neue Regierung nicht nur als großzügiger Förderer der deutschen Wissenschaft präsentieren, denn sie hatte ja von der gleichen Besatzungsmacht auch den Auftrag erhalten, die Überlegenheit des sozialistischen Systems auf deutschen Boden zu demonstrieren und dies unter dem enormen Druck des unmittelbaren Wettbewerbs mit dem anderen Teil Deutschlands. Immerhin mußten für den Ausbau Akademie in der Ära der SMAD zur politischen »Verhandlungsmasse«⁷⁷ enorme Geldmittel eingesetzt werden: Haushaltsmittel: 905.000 RM (1946), 4.104.000 RM (1947), 6.476.000 DM-Ost (1948), 8.416.000 DM-Ost (1949); zusätzlich von 1946-1950 Investitionsmittel in Höhe von 14.298.000 DM-Ost.⁷⁸ Die Kürzung wurde zwar wegen des bevorstehenden 250jährigen Akademiegeburtstages, bei dem sich der Staat als Förderer der Wissenschaft präsentieren wollte⁷⁹, nicht wirksam und durch die zweite Kulturverordnung vom März 1950 erhielt die Akademie sogar weitere Mittel, aber die DDR-Regierung setzte nun andere Schwerpunkte. Exakt das 10-fache der Akademiemittel, immerhin 50.000.000 DM-Ost sah diese Verordnung für den Aufbau von Forschungsinstituten außerhalb der Akademie vor.⁸⁰

⁷⁵ Vgl. H. Kienle, Diskussion außerordentlichen Plenumssitzung der DAW am 26.3.1949, in: Bericht von J. Naas laut Protokoll, AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 662.

⁷⁶ Vgl. Beschwerdebrief von J. Stroux an Minister P. Wandel von Anfang 1950, AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 662. Am 15.11.1949 waren wegen Sparaufforderungen bereits 37 Kündigungen ausgesprochen worden. Vgl. Plenumssitzung vom 18.11.1949, AAW, P 1/1.

⁷⁷ Vgl. I. Bejtin, Protokoll des Kolloquiums Hochschul- und Wissenschaftspolitik der SMAD, 31.8.- 5.9.1992 in Gosen, 5. Tag, S. 63.

⁷⁸ Angaben aus: Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1946 - 1956, Berlin (Ost) 1956, S. 65 sowie Jahrbuch der DAW 1946 - 1949, S. 53.

⁷⁹ Vgl. Beschluß der Regierung der DDR vom 2.3.1950, in: Gesetzblatt der DDR, Nr. 28 vom 23.3.1950. Nach einer Vorabsprache des Präsidium der DAW am 11.2.1950 mit W. Semjonow wurde festgelegt: »Die Feier des 250jährigen Bestehens der DAW am 11.7.1950 ist zu einer Nationalfeier und eindrucksvollen Kundgebung zu gestalten, die die fördernde Stellung der DDR zur Wissenschaft und die enge Verbindung der deutschen Wissenschaft mit dem Volke zum Ausdruck bringt.«

⁸⁰ Vgl. Verordnung zur Entwicklung einer fortschrittlichen demokratischen Kultur des deutschen Volkes und zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Intelligenz vom 16.3.1950, Gesetzblatt der DDR, 1950, Nr. 28, S. 185ff. Aufgebaut

Außerdem hatte der Akademiepräsident wohl auch erst 'die sowjetischen Freunde in Karlshorst' bemühen müssen, um die Kürzung zu vermeiden, wie der Abschluß seines Protestbriefes wegen der Kürzungen an Minister Paul Wandel verdeutlicht: »Mit Rücksicht auf die der Akademie jeher seitens der SMAD zuteilgewordenen Förderung und mit Rücksicht darauf, dass die Sowjetische Kulturkommission [Kontrollkommission] auch weiterhin sehr großes Interesse an den Aufgaben und der Entwicklung der Akademie nimmt, habe ich nach Karlshorst eine Abschrift vorstehenden Schreibens mit der Bitte um Unterstützung meiner Bemühungen, die Akademie zum grössten Forschungszentrum Deutschlands auszubauen, eingereicht.«⁸¹

Schlußbetrachtung:

Die Vorstellung der SMAD, die DAW zu einer attraktiven gesamtdeutschen Forschungszentrale auszubauen - ein Ziel, das die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der Akademie unterstützte -, erwies sich als nicht realisierbar.

Die Gelehrtengesellschaft ging diesen Weg nicht. Der erhoffte Rückstrom von Mitgliedern nach Berlin blieb nämlich aus. Nach 1945 gab es zwar neun Rückkehrer, aber gleichzeitig verließen bis 1948 elf Mitglieder die Stadt. Die Zuwahlen von neuen OM waren durch den begrenzten Kandidatenkreis sehr eingeschränkt, zumal Wahlvorschläge aus den westlichen Besatzungszonen - trotz mehrfacher Aufforderung seitens der DAW - die große Ausnahme blieben. Im Jahre 1949 erschien, nachdem 1946 und 1947 neun neue Mitglieder zugewählt worden waren, eine weitere »Auffrischung so gut wie unmöglich«.⁸² Von den 60 neuen Stellen, die die Kulturverordnung der Akademie genehmigte, konnten nur 27 (45%) besetzt werden. Insgesamt wurden 1949 in zwei Schüben (vor und nach der Kulturverordnung) 44 neue Mitglieder gewählt, darunter 20 aus Berlin, 20 aus der SBZ aber nur 4 aus den Westzonen. Die gesamtdeutsche Akademie war damit fast ausschließlich das Ergebnis einer traurigen Vorkriegsentwicklung und einer ebenso traurigen Nachkriegszeit, in der we-

werden sollten Forschungsinstitute für: Eisen und Stahl, Nichteisenmetalle, magnetische Werkstoffe, Baustoffe, Wärmetechnik, Schweißtechnik, angewandte Silikatforschung, Katalyseforschung, Strahlungsquellen, Fernmeldetechnik.

⁸¹ Vgl. Beschwerdebrief von J. Stroux an Minister P. Wandel von Anfang 1950, Durchschrift ohne Datum, AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 662.

⁸² F. Hartung, Brief an E. Spranger vom 18.1.1949, BA Koblenz, NL Spranger, Nr. 186, zitiert bei P. Th. Walther, a. a. O., S. 30.

nige Mitglieder zurückkamen aber gleichzeitig nicht wenige der SBZ/DDR den Rücken kehrten.

Für die Forschungseinrichtungen läßt sich Ähnliches resümieren, auch wenn eine differenzierte Betrachtung, etwa bei den traditionellen geisteswissenschaftlichen Unternehmungen, partiell ein anderes Bild zeichnet. Jahrelang bemühten sich die in Berlin anwesenden Wissenschaftler und die Administration, Wissenschaftler in die Stadt zu holen, jedoch mit sehr wenig Erfolg. »Den Nicht-Pg's kann sofort geholfen werden, wenn sie sich entschliessen hierher zu kommen. Aber auch von den anderen möchten wir uns gern eine Übersicht verschaffen, um im geeigneten Moment helfen zu können«, schrieb Friedrich Möglich im bereits Februar 1946 an seinen Lehrer Max von Laue.⁸³ Doch selbst wenn, wie auf dem Gebiet der Physik »die gut dotierten wissenschaftlichen Institute des Ostens« vom Westen aus durchaus registriert wurden, »will kaum jemand ... in den Sowjet-Sektor. ... [Es] schien eher die entgegengesetzte Tendenz manchmal recht deutlich«, stellte Ernst Brüche, Herausgeber der Physikalischen Blätter, 1950 nach einem Besuch Ostberliner Institute heraus.⁸⁴ Gespräche über Arbeitsmöglichkeiten im Osten, bis hin zu konkreten Berufungsverhandlungen gab es zwar nicht wenige, aber erfolgreich endete dies selten. »Es ist fast zur Regel geworden, dass Kollegen aus dem Westen unsere Berufung nur dazu benutzen, um ihre Stellung im Westen zu verbessern«⁸⁵, so Wolfgang Steinitz ebenfalls 1950. Erfolgreiche Bemühungen mit unmittelbaren Auswirkungen für die Akademie, insbesondere für den Aufbau und für die Leitung von Forschungsinstituten, blieben selten. Der Romanist Werner Krauss (OM 1949) und der Physiker und spätere Akademiepräsident Walter Friedrich (OM 1949) blieben Ausnahmen.⁸⁶

Entgegen den Vorstellungen der SMAD - wie sie sich ohne Auswertung der noch geschlossenen russischen Archive darstellen - war die Akademie

⁸³ Der Physiker Friedrich Möglich arbeitete seit der Gründung der DZVZ zunächst hauptamtlich, nach der Berufung zum Professor an der Berliner Universität als Konsultativreferent mit Robert Rompe für diese Einrichtung. Brief an Max von Laue vom 5.2.1946 im Familienbesitz bei M. Möglich.

⁸⁴ E. Brüche, Ein Besuch in Berlin, Physikalische Blätter 1950, Heft 6, S. 407.

⁸⁵ W. Steinitz, Notiz vom 11.5.1950 im Zusammenhang mit Berufungsverhandlungen von H. Papajewski (Köln), AAW, NL W. Steinitz, Nr. P.

⁸⁶ Es gibt einige weitere Wissenschaftler, die ebenfalls von West nach Ost wechselten, zunächst an Universitäten der SBZ/DDR Karriere machten und später Mitglieder der Akademie wurden, z. B. Werner Hartke (OM 1955), 1948 von Göttingen nach Rostock, Präsident der DAW von 1958 bis 1968.

bereits im ersten Jahr der DDR ein »Organ« des ostdeutschen Teilstaates geworden. »Zentrale und höchste wissenschaftliche Körperschaft unserer Republik« hieß die Aufgabenstellung für die Akademie in der DDR.⁸⁷ Die SMAD hatte aber die Entwicklung der DAW in einer ganz anderen Weise beeinflußt, die letztendlich dazu führte, daß auch ihre Stellung als höchste wissenschaftliche Körperschaft der DDR in Gefahr geriet und 1957 dann für die gesamte naturwissenschaftliche, technische und medizinische Forschung - ca. zwei Drittel des Forschungspotentials - auf einen neugegründeten Forschungsrat der DDR überging. Die von ihr forcierte und von der Akademieführung mehrheitlich auch gewünschte stürmische Verbreiterung vor allem des naturwissenschaftlichen Forschungspotentials sprengte die Vorstellungen von 1930 über den Aufbau eigener Forschungsinstitute der Akademie ganz wesentlich. Das Ergebnis war, daß bereits um 1950 ein Konfliktfeld zwischen Forschungsinstituten mit Vertretung in der Gelehrten-gemeinschaft und solchen ohne existierte. Die Geisteswissenschaftler, die auf traditionelle Akademielinien aufbauen konnten, betraf dies kaum. Die Natur- und Technikwissenschaftler sahen aber die Gelehrten-gesellschaft nicht als die geeignete Interessenvertretung für ihre Fachgebiete, selbst dann noch, als ihre wichtigsten ostdeutschen Repräsentanten in der ersten Hälfte der 1950er Jahre in die Gelehrten-gesellschaft aufgenommen worden waren. Sie beendeten aber 1957 den »Umweg über die Akademie« beim Aufbau ihrer Forschungseinrichtungen selbst, indem sie eine von der Gelehrten-gesellschaft nahezu völlig unabhängige »Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute der Akademie« gründeten - ausdrücklich »ähnlich wie die frühere Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft oder die Max-Planck-Gesellschaft in der Bundesrepublik aufgebaut«.⁸⁸

⁸⁷ Vgl. P. Wandel, Ansprache des Ministers für Volksbildung und damaligen Dienstherren der DAW zum Akademie-jubiläum 1950, in: Jahrbuch der DAW 1950-1951, S. 58 sowie Aufgaben und Ziele, in: Nacht-Express vom 10.7.1950.

⁸⁸ Vgl. H. Wittbrodt, vertraulich an die Abteilung Wissenschaften des ZK der SED Anfang Dezember 1956: Gedanken zur weiteren Entwicklung der naturwissenschaftlich-technischen Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, SAPMO ZPA, IV 2/9.047372, Bl. 118-120. Die Vorstellungen wurden auf der Sitzung der Klasse Mathematik, Physik und Technik am 15.11.1956 beraten.